

VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren

Rückschau und Ausblick

FRANZ NEMSCHAK

Nr. 28

Wien 1970

**ÖSTERREICHISCHES
INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

Österreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren

Gliederung

	Seite
Die sechziger Jahre	
Ergebnisse und Hauptmerkmale	3
Die siebziger Jahre	
Tendenzen	4
Rückschau und Ausblick auf wichtige Gebiete	
Land- und Forstwirtschaft	7
Energiewirtschaft	7
Industrie	8
Gewerbe	11
Bauwirtschaft	11
Verkehr	12
Fremdenverkehr	13
Privater Konsum	14
Außenhandel	15
Preise und Löhne	17
Kreditwirtschaft	17
Zahlungsbilanz	19
Besondere Probleme der Wirtschaftspolitik	
Bildung und Forschung	20
Stabilisierung der Sozialversicherung	21
Krise der Verwaltung	23
Neue „Integrationsstrategie“	26

Osterreichs Wirtschaft in den 60er und 70er Jahren

Rückschau und Ausblick

Vortrag, gehalten vor Mitgliedern und geladenen Gästen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung am 22. Jänner 1970 im Wiener Konzerthaus (Mozartsaal).

Ich werde zunächst die Hauptzüge der Entwicklung und ihre wichtigsten Ergebnisse in den sechziger Jahren und die voraussichtlichen Tendenzen in den siebziger Jahren kurz darstellen und dann auf die einzelnen Wirtschaftszweige eingehen. Im letzten Teil meines Vortrages werde ich auf einige Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren hinweisen.

Die sechziger Jahre

Ergebnisse und Hauptmerkmale

Die *sechziger Jahre* waren gar nicht so schlecht, wie es längere Zeit schien. Sie waren sogar, „nehmt alles nur in allem“, für Österreich wenigstens, gute Jahre. Ich hoffe zeigen zu können, daß diese Feststellung nicht einer Euphorie entspringt, zu der die gegenwärtige Hochkonjunktur verleiten könnte, sondern handfest bewiesen und mit fundierten Überlegungen begründet werden kann.

Das österreichische *Sozialprodukt* ist in den „goldenen fünfziger Jahren“ um 80% und in den sechziger Jahren real um 59% gewachsen. Österreich hatte in den fünfziger Jahren, hinter der Bundesrepublik Deutschland, insgesamt und pro Kopf, die höchste Wachstumsrate in der westlichen Welt, einschließlich der USA.

Österreich schien gute Aussichten zu haben, den Vorsprung der hochentwickelten westlichen Industriestaaten rasch aufzuholen. (Österreich gehört ja noch immer zu den relativ weniger entwickelten Industriestaaten, weil die industrielle Revolution in unserem Land später begonnen hat und infolge außen- und innenpolitischer Ereignisse die wirtschaftliche Depression der dreißiger Jahre verheerender war als in anderen westlichen Ländern.)

In den sechziger Jahren ist das österreichische Sozialprodukt nur noch annähernd gleich stark gestiegen wie das Sozialprodukt in den west-

europäischen Ländern (EWG- und EFTA-Länder zusammen), nämlich jährlich durchschnittlich um real 4,3% (gegen 4,4% in Westeuropa).

Mißt man jedoch die Wirtschaftskraft eines Landes am Brutto-Nationalprodukt *pro Kopf* der Bevölkerung und an der *Produktivität*, dann ist der Rückstand Österreichs hinter den höherentwickelten Industriestaaten auch in den sechziger Jahren etwas kleiner geworden, denn in Österreich ist das Sozialprodukt pro Kopf durchschnittlich um 3,7% jährlich, in Westeuropa (insgesamt) aber nur um 3,4% gewachsen, die volkswirtschaftliche Produktivität um 4,6%, in Westeuropa aber nur um 4%.

Der Vergleich der sechziger Jahre mit den fünfziger Jahren darf nicht übersehen, daß in den *fünfziger Jahren* rund 350.000 *Arbeitskräfte zusätzlich* in den Produktionsprozeß eingegliedert werden konnten. *Seit 1961* jedoch herrscht in Österreich *Vollbeschäftigung*, die Arbeitskraftreserven sind ausgeschöpft. Die Bevölkerung ist überaltert, die Ausbildungszeiten sind länger geworden, die vorzeitigen Pensionierungen nehmen zu, die Urlaube werden länger und die Arbeitszeiten kürzer, die *Zahl der Erwerbstätigen* und das *Arbeitsvolumen*, ausgedrückt in verfügbaren Arbeitsstunden, sind fühlbar zurückgegangen. Das Wirtschaftswachstum der sechziger Jahre ist also ausschließlich durch *Steigerung der Produktivität* erreicht worden.

Bemerkenswerterweise blieb in den sechziger Jahren die *Investitionsquote*, in guten und schlechten Konjunkturzeiten, annähernd gleich hoch zwischen 24% und 25%. Gleichzeitig ist der Anteil der Infrastruktur-Investitionen von 33% auf 37% gestiegen.

Wir können jedoch feststellen, daß der „*Grenzkapitalkoeffizient*“ seit einiger Zeit wieder eine sinkende Tendenz aufweist, d. h., daß relativ weniger investiert wurde, um ein bestimmtes Wachstum des Sozialproduktes zu bewirken: in den Jahren 1960 bis 1965 mußten 4,1 Mrd. S, in den Jahren 1965 bis 1969 aber nur 2,3 Mrd. S investiert werden, um die Produktion um 1 Mrd. S zu erhöhen. Dies deutet darauf hin, daß die österreichische Wirtschaft seit einiger Zeit wieder effizienter arbeitet. Zumindest werden die Kapazitäten, vor allem in der Industrie, wieder besser ausgenützt. Erfreulicherweise versprechen auch die *siebziger Jahre* Gutes, denn die österreichische Wirtschaft wird voraussichtlich noch kräftiger wachsen als im abgelaufenen Dezennium.

Die siebziger Jahre

Tendenzen

Das Schicksal der österreichischen Wirtschaft hängt auch in den siebziger Jahren wieder in hohem Maße von der Weltwirtschaft ab.

Daher drängt sich sofort die Frage auf: Wird der seit 25 Jahren trotz allen weltpolitischen Spannungen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen in vielen Ländern phantastische, von nur relativ schwachen Konjunkturrückschlägen unterbrochene Aufschwung der Weltwirtschaft auch in den siebziger Jahren anhalten?

Die Unkenrufe der Pessimisten gehen unter im überwältigenden Chor der Optimisten.

Die OECD rechnet, daß die Wirtschaft ihrer Mitgliedstaaten, wenn Katastrophen, etwa ein dritter Weltkrieg, ausbleiben, bis 1980 um 60% wachsen und sich ihr Sozialprodukt bis 1985 verdoppeln wird.

Dieser Optimismus stützt sich auf längerfristige Erfahrungen, denen zufolge es höchst unwahrscheinlich ist, daß die Quellen hoher Wachstumsraten in den siebziger Jahren rasch versiegen werden. Es kann vielmehr angenommen werden, daß die industrielle und kommerzielle Nutzung des Bestandes an wissenschaftlichem und technischem Wissen noch auf lange Sicht die Produktivität der Wirtschaft steigern wird.

Diese Wachstumszuversicht für den gesamten OECD-Raum schließt nicht aus, daß die mit einem kräftigen Wirtschaftswachstum verbundenen strukturellen Veränderungen und regionalen Verschiebungen einzelne Regionen und ganze Staaten benachteiligen oder von der allgemeinen Entwicklung ausschließen.

Österreich liegt daran, in diesem Prozeß nicht in die Hinterhand zu geraten, sondern mit den expansivsten Ländern möglichst Schritt zu halten, damit sein Rückstand hinter den hochentwickelten Ländern langsam aufgeholt wird.

Die Aussichten, dieses Ziel in den siebziger Jahren zu erreichen, scheinen aus verschiedenen Gründen nicht schlecht zu sein.

Zum Unterschied von den sechziger Jahren, als die *Zahl der Beschäftigten* stagnierte, wird in den siebziger Jahren die Zahl der unselbständig Beschäftigten, vor allem dank der Bevölkerungsentwicklung, in der zweiten Hälfte des Dezenniums, um rund 350.000 steigen. Dagegen wird die Zahl der Selbständigen um rund 110.000 abnehmen. *In den nichtlandwirtschaftlichen Bereichen werden um 400.000 Personen mehr arbeiten als heute.* Infolge Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wird das verfügbare *Arbeitsvolumen* allerdings nur wenig steigen. Die expandierende Wirtschaft wird *Vollbeschäftigung* sichern.

Österreich hat insofern einen Vorsprung, als es von den Problemen des nachindustriellen Zeitalters weniger als die höchstentwickelten Industriestaaten bedrängt wird. Ich denke da an die überaus kostspielige Beseitigung von Zivilisationsschäden, etwa die Verunreinigung der Luft und des

Wassers, die Lärmbekämpfung, die Verstopfung der Verkehrswege, die Zusammenballung der Menschen in Städten usw. Gewiß kommen diese Probleme langsam auf uns zu, und wir werden uns mit ihnen auch schon in den siebziger Jahren auseinandersetzen haben, aber wir sind mit diesen Problemen doch noch nicht so unmittelbar konfrontiert.

Schließlich spricht die mehr als nur konjunkturbedingt günstige Entwicklung der *Industrieproduktion* und der *Exporte* gegen Ende der sechziger Jahre dafür, daß Österreich auf gutem Wege ist, die *Schwächen seiner Industriestruktur zu überwinden*.

Wir können daher aus guten Gründen annehmen, daß das reale Sozialprodukt Österreichs bis 1980 mindestens so stark wachsen wird, wie im Durchschnitt der OECD-Länder, d. h. um mindestens 60%. Das österreichische Sozialprodukt je Einwohner wird gegen Ende der siebziger Jahre ungefähr so hoch sein wie gegenwärtig in der *Schweiz*, obwohl die Zahl der Einwohner Österreichs voraussichtlich auf fast 7 8 Millionen steigen wird.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat eine besondere Abteilung eingerichtet, die sich mit solchen mittel- und längerfristigen Entwicklungen befaßt. Die Abteilung wird von Dr. *H. Kramer* geleitet und bemüht sich um ein Prognosemodell, das mit wissenschaftlich-ökonomischen Methoden und Computern die voraussichtliche Entwicklung der Österreichischen Wirtschaft abtastet, um bestimmte Tendenzen und Alternativen sichtbar zu machen. Wir werden die Ergebnisse dieser Arbeiten im Laufe des Jahres zunächst in Form eines Buches, das Prof. *H. Seidel* federführend gestaltet, später laufend publizieren.

Unsere Spezialabteilung arbeitet mit der Arbeitsgruppe für mittelfristige Wirtschaftsprognosen, die vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ins Leben gerufen wurde, eng zusammen.

Rückschau und Ausblick auf wichtige Gebiete

Nach dieser *allgemeinen* Übersicht über die langfristige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den sechziger und siebziger Jahren möchte ich die *Verhältnisse in wichtigen Wirtschaftszweigen* kurz darstellen. Die bloße Feststellung, das österreichische Sozialprodukt sei in den sechziger Jahren um 59% gewachsen und werde sich in den siebziger Jahren voraussichtlich um mehr als 60% vermehren, ist zu dürftig. Selbst der tagaus, tagein mit wirtschaftlichen Dingen Beschäftigte kann sich darunter wenig vorstellen.

In Wirklichkeit wächst die Wirtschaft in ihren einzelnen Bereichen höchst ungleichmäßig, denn ihre Strukturen verändern sich unaufhörlich.

Land- und Forstwirtschaft

Besonders dramatisch war der Wandel in der *Land- und Forstwirtschaft*. Die Zahl ihrer Erwerbstätigen hat in den letzten 10 Jahren um 215.000 abgenommen. Seit 1950 ist eine halbe Million, d. s. 45% der Erwerbstätigen, aus der Land- und Forstwirtschaft abgewandert. Trotzdem produziert die Landwirtschaft jetzt, dank dem Einsatz moderner Landmaschinen und der Verwendung von viel mehr Handelsdünger, um ein Viertel mehr als vor 10 Jahren. Die Arbeitsproduktivität ist um die Hälfte gestiegen.

In den *siebziger Jahren* wird die Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte anhalten (jährlich rund 20.000) und die vorhandene Betriebsgrößenstruktur (Vorherrschen des klein- und mittelbäuerlichen Betriebes) noch mehr in Frage stellen. Ein Viertel bis zu einem Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe werden aufgelassen oder als Nebenerwerbsbetriebe geführt werden müssen, damit die verbleibenden Betriebe entsprechend vergrößert und rationeller geführt werden können. Ob die in der EWG diskutierte enge Kooperation mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe, die bis zu einer Fusion führen soll, in Österreich Eingang finden wird, ist fraglich.

Die Agrarpolitik steht vor der schwierigen Aufgabe, den notwendigen Umbau der Agrarstruktur zu fördern und in geordnete Bahnen zu lenken. Sie wird dabei durch die *Regionalpolitik* unterstützt werden müssen, die versucht, die wirtschaftliche und soziale Struktur ländlicher Räume den Erfordernissen der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft anzupassen. In vielen ländlichen Gebieten mit landschaftlichen Reizen bietet der Fremdenverkehr eine ideale Ergänzung der agrarischen Erwerbsgrundlage. Auch eignen sich manche ländliche Räume als Standort für kleine und mittlere Industriebetriebe, die ungelernete Arbeitskräfte beschäftigen und transportkostenunempfindliche Güter erzeugen. Dennoch wird es nicht überall mit gesamtwirtschaftlich vertretbaren Kosten möglich sein, die gegenwärtige Bevölkerungsdichte und die gegenwärtige Höhenlinie der Besiedlung aufrechtzuerhalten.

Energiewirtschaft

Der *Energieverbrauch* der österreichischen Wirtschaft ist von 1960 bis 1969 um 60% von 15 Mill. t Energie (Steinkohlenbasis) auf fast 24 Mill. t gestiegen. Gleichzeitig hat sich die *Struktur* der Energienachfrage bemer-

kenswert geändert: 1960 entfielen 50% auf Kohle, 1969 nur noch 27%. Dagegen ist der Anteil von Erdöl und Erdgas von 40% (1960) auf 63% (1969) gestiegen. Der Anteil der Wasserkraftenergie ist mit 10% ungefähr gleich geblieben.

Als der Österreichische Staatsvertrag abgeschlossen wurde (1955), deckte die im Inland geförderte Energie noch 86% des Verbrauches, im Jahre 1960 nur noch 68% und 1969 nicht einmal mehr die Hälfte.

Der *Energieverbrauch* wird in den *siebziger Jahren* ungefähr ebenso rasch wachsen wie in den sechziger Jahren (jährlich rund 4%).

Die *Struktur* des Energieverbrauches wird sich weiter von der Kohle zu anderen Energieträgern verlagern. Der Kohleanteil wird auf 13% sinken, der Anteil von Erdöl und Erdgas auf 76% steigen. Mitte der siebziger Jahre wird das erste Atomkraftwerk in Betrieb genommen werden. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wird der Anteil der Kernenergie an der gesamten Energieversorgung rasch wachsen.

Bereits Mitte der siebziger Jahre werden 70%, 1980 sogar 80% der erforderlichen Energiemenge importiert werden müssen, da das inländische Rohenergieangebot zurückgehen wird.

In den siebziger Jahren werden Elektrizitätswirtschaft und Erdölverarbeitung ihre Kapazitäten stark ausweiten. Die E-Wirtschaft beabsichtigt, 45 Mrd. S zu investieren. Die Erdölindustrie plant, die Kapazität der heimischen Raffinerien bereits in den nächsten drei Jahren auf 9 Mill. t zu erhöhen (Schwechat und Lannach bei Graz), beide Projekte werden 1½ Mrd. S kosten. Nötigenfalls wird eine weitere Raffinerie (voraussichtlich in Westösterreich) errichtet werden. Die Pipeline Adria—Wien zur besseren Versorgung der Raffinerien mit Rohöl soll bereits im Herbst 1970 in Betrieb genommen werden, sie wird ebenfalls 1½ Mrd. S kosten.

Industrie

Die *Industrie* bereitete in den sechziger Jahren die längste Zeit ernste Sorgen. Sie schien den Schwung, der sie in den fünfziger Jahren beflügelte und zum stärksten Motor der österreichischen Volkswirtschaft gemacht hatte, verloren zu haben.

Besonders beunruhigend war der Rückgang der *Investitionen*: in den Jahren 1962 bis 1968 investierte die Industrie um durchschnittlich 10% weniger als 1961, der Anteil der Industrieinvestitionen an den gesamten Investitionen war von 25% auf 15% gesunken, die Zahl der *Industriebeschäftigten* hatte bis 1968 um 45.000 abgenommen. Es gab Jahre, in

denen die Industrieproduktion schwächer oder nur annähernd gleich stark wuchs wie das gesamte Sozialprodukt, ein schlechtes Zeichen für die Dynamik der Industrie.

In meinem Vortrag „Die österreichische Industrie in den siebziger Jahren“ in einer Veranstaltung der Vereinigung Österreichischer Industrieller im April 1969 machte ich folgende Ursachen für die unbefriedigende Industrieproduktion in den sechziger Jahren verantwortlich: das Festhalten an veralteten Produktionsstrukturen, Verfahren und Technologien, zu wenig Unternehmerinitiative und Wettbewerbsgeist, geringe Mobilität der Arbeitskräfte, zu wenig Forschung und Entwicklung, ständig steigende Arbeitskosten, Diskriminierung in der EWG und Unsicherheit über den künftigen Integrationskurs. Das Ergebnis seien relativ niedrige Erträge, die den Spielraum für die Finanzierung von Investitionen einschränken.

Obwohl die hier angeführten Schwächen der Industrie noch keineswegs beseitigt sind, zeichnet sich gegenwärtig ein Wandel zum Besseren ab, der eine etwas optimistischere Beurteilung rechtfertigt. Die Industrieproduktion ist im Jahre 1969 um rund 12% und damit fast doppelt so schnell gewachsen wie das gesamte Sozialprodukt. Die Industrie hat wieder 15 000 Arbeitskräfte aufgenommen und endlich wieder mehr investiert als im Jahre 1961. Das alles könnte bloß konjunkturell bedingt sein. Ausschlaggebend ist indessen die Beobachtung, daß *Entwicklung und Zusammensetzung der Exporte* auch eine *Verbesserung der Industriestruktur* erkennen lassen.

Ich hatte in meiner Diagnose vor einem dreiviertel Jahr offensichtlich zu wenig beachtet, daß die österreichische Industrie trotz ihrer Diskriminierung in der EWG schon seit einigen Jahren große Exporterfolge erzielt und ihre Exporte in wachsendem Maße aus hochwertigen Produkten bestehen. Darin spiegelt sich der bedeutendste Strukturwandel. Der Nachkriegsboom begünstigte die *Grundindustrien*, für die Österreich aber keine besonderen Voraussetzungen besitzt. Heute blühen die *technischen Finalindustrien*, zu denen hauptsächlich Maschinenindustrie, Elektroindustrie, Eisen- und Metallwarenindustrie sowie die chemische Industrie zählen.

Während die Industrieproduktion Österreichs in den letzten 10 Jahren insgesamt um 76% gestiegen ist, wuchs die Produktion der chemischen Industrie um rund 150%, die Elektroindustrie um 130% und die Maschinenindustrie um 115%. Dagegen ist die Produktion im Bergbau um 20% geschrumpft.

Für das österreichische Industriewachstum ist ferner charakteristisch, daß auch verschiedene Konsumgüterbranchen ständig besser abschneiden,

als nach internationalen Erfahrungen zu erwarten wäre. Dies gilt für die Bekleidungs- und die lederverarbeitende Industrie ebenso wie für Zweige der Holzverarbeitungs- und der Nahrungsmittelindustrie, sogar für die Textilindustrie.

Die Verbesserung der österreichischen Industriestruktur, die sich in den sechziger Jahren anbahnte und erst in den siebziger Jahren voll auswirken wird, ist zu einem guten Teil *Mittelbetrieben* zu danken, die sich auf hochwertige, gehirntensive Finalprodukte spezialisiert haben und oft 80% und mehr ihrer Produkte in alle Welt exportieren. Für diese Mittelbetriebe ist auch charakteristisch, daß sie von hervorragenden, dynamischen Unternehmerpersönlichkeiten geführt werden und erhebliche Teile ihrer Umsätze für Forschung und Entwicklung ausgeben. (Das Institut führt gegenwärtig eine Untersuchung dieser Mittelbetriebe durch.)

Österreich mit seiner überwiegend klein- und mittelbetrieblichen Industriestruktur würde allerdings ähnlich wie die Schweiz, Holland und Schweden, einige auch nach internationalen Maßstäben große Industrieunternehmen brauchen, die imstande sind, in großem Stile zu forschen und neue Produkte zu entwickeln, direkt und indirekt die vielen Kleinbetriebe zu beschäftigen und die gesamte Wirtschaft auf verschiedene Weise zu befruchten.

Österreich als Spätling der zweiten industriellen Revolution hat hier nicht viele Möglichkeiten. Auch wenn sich die gesamte österreichische Eisen- und Stahlindustrie in den nächsten Jahren zu einem einzigen Unternehmen fusionierte, würde dieses 1980 international gesehen nur ein Unternehmen mittlerer Größe sein, das große Mühe haben wird, sich im Konkurrenzkampf zu behaupten. Dagegen könnte Österreich in der zukunftsträchtigen Petrochemie durch den Zusammenschluß der Stickstoffwerke und der ÖMV ein entwicklungsfähiges Großunternehmen erhalten, das sowohl als Partner wie auch als Konkurrent international einiges Gewicht erlangen könnte.

Die allmähliche Beseitigung der strukturellen Schwächen in der *verstaatlichten Industrie* ist nicht zuletzt ein Verdienst der *ÖIG*. Sie hat, während um ihre juristische Konstruktion allzu heftig gestritten wurde, hinter den Kulissen, *de facto*, eine Menge vernünftiger Dinge getan oder angebahnt, wie hoffnungslos defizitäre Betriebe oder Betriebsteile liquidiert, die für einige österreichische Betriebe lebenswichtige Zusammenarbeit mit leistungsfähigen internationalen Unternehmungen patronisiert, wichtige Zusammenschlüsse angebahnt und damit der verstaatlichten Industrie die Tore in die Zukunft geöffnet.

Von unserem Institut angestellte Projektionen für die siebziger Jahre, die wir durch eingehende Branchenuntersuchungen und zusätzliche Infor-

mationen zu untermauern trachteten, lassen erwarten, daß die Industrieproduktion künftig jährlich um ungefähr 1% stärker wachsen wird als das Nationalprodukt, wobei in den Grundstoffindustrien im Durchschnitt ein Wachstum zwischen 3% und 4%, in den Investitionsgüterindustrien von etwa 5½% und in den Konsum- und Verbrauchsgüterindustrien von mehr als 6% wahrscheinlich ist

Gewerbe

Das erzeugende Gewerbe (ohne Baugewerbe und Dienstleistungen) mit rund 95.000 Selbständigen (und mithelfenden Familienmitgliedern) und 290.000 unselbständig Beschäftigten, *wuchs* in den *sechziger* Jahren annähernd gleich stark wie das gesamte Sozialprodukt (rund 60%).

Die Statistik der Fachgruppenmitglieder der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft gibt Aufschluß über die überaus starken *Strukturänderungen* innerhalb des Gewerbes i. w. S. (erzeugendes Gewerbe, Baugewerbe und Dienstleistung): von 1955 bis 1968 ist die Zahl der Fachgruppenmitglieder um 18% auf 121.000 geschrumpft.

Traditionsreiche Handwerke, wie die Schuhmacher, Schneider, Schmiede, Wagner, Binder, Hutmacher, Modisten, Taschner, Sattler usw., sterben langsam aus, werden von der Industrie verdrängt oder müssen sich umstellen, die Schmiede und Wagner z. B. auf die Reparatur von Landmaschinen u. ä.

Dagegen fördert die Technik und Wohlfahrtsgesellschaft andere Gewerbezweige, wie alle Handwerker, die mit dem Bau und der Ausstattung von Wohnungen zu tun haben, Elektrotechniker, Radiomechaniker, Installateure, Zahntechniker, Optiker und viele andere, ihre Zahl hat sich in den letzten 15 Jahren um 20% bis 60% erhöht.

In den *siebziger Jahren* wird im Gewerbe diese Tendenz anhalten.

Bauwirtschaft

Die *Bauwirtschaft* florierte in den *sechziger Jahren*, fast unberührt von Konjunkturschwankungen, bis 1967. Ihre Kapazitätsausweitung konnte mit der Nachfrageentwicklung kaum Schritt halten. Die Folgen waren Überhitzungserscheinungen und starke Preis- und Kostensteigerungen. Die Winterarbeitslosigkeit blieb allerdings auch in den besten Jahren ziemlich hoch.

1967 führten spezifische Ursachen zu einer Stagnation, aus der sich die Bauwirtschaft erst 1969 befreien konnte (organisatorische Umschichtungen im Zuge der „kleinen Wohnbaureform“, Unsicherheit bei der Vergabe

öffentlicher Aufträge, Dezentralisierung der Wohnbauförderung, Rückgänge der baulichen Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft u. a. m.).

Trotzdem hat die Bauwirtschaft auch in den sechziger Jahren Beachtliches geleistet: sie hat jährlich durchschnittlich 230.000 (im Jahre 1966 sogar 243.000) Arbeitskräfte beschäftigt und bauliche Investitionen (Wohnungen, Straßen, Kraftwerke, Industriebauten, Schulen) im Werte von 290 Mrd. S ausgeführt

In den *siebziger Jahren* steht die Bauwirtschaft vor großen Herausforderungen. Sie wird voraussichtlich mehr Straßen, Schulen und Krankenhäuser, aber weniger Kraftwerke als bisher errichten. Der Bau des ersten Kernkraftwerkes wird für sie Neuland sein und Gelegenheit bieten, wertvolle Erfahrungen für die Zukunft zu sammeln. Die Kernkraftwerke werden jedoch dem Volumen nach nicht den Ausfall der traditionellen Kraftwerke ersetzen können. Der Wohnungsbau wird nach wie vor eine große Rolle spielen. Die wachsenden Ansprüche an das Wohnen, neue Bautechniken und der immer härtere Konkurrenzkampf werden der Bauwirtschaft stark zusetzen.

Verkehr

In den *sechziger Jahren* ist die Lage der *Bundesbahnen* noch prekärer geworden, während der *Straßenverkehr* förmlich explodierte.

Der *Güterverkehr der Bundesbahnen* nahm jährlich um weniger als 1%, der *Personenverkehr* um knapp 3% zu.

Dagegen erhöhte sich die Zahl der *Lastwagen* um 50%, die *Nutzlast* dieser Fahrzeuge um fast 100% und der *Dieselölverbrauch* um rund 120%. Die Zahl der *Personenkraftwagen* stieg um 175% auf 11 Mill., der *Benzinverbrauch* um 140%.

Die sprunghafte Leistungssteigerung im *Luftverkehr* (die Zahl der *Passagiere* nahm von 1960 bis 1969 um rund 360% auf rund 15 Mill. *Passagiere* zu) konnte das strukturelle Defizit der AUA nicht verhindern.

Das wichtigste verkehrswirtschaftliche Problem der sechziger Jahre, die *Koordinierung der verschiedenen Verkehrsträger* mit dem Ziele, das Defizit der Bundesbahnen abzubauen und eine volkswirtschaftlich optimale Verkehrsbedienung zu sichern, konnte nicht gelöst werden. Das Gesamtdefizit der Bundesbahnen erhöhte sich von 2,3 Mrd. S (1960) auf 5,1 Mrd. S (1970). Da der Bund die „betriebsfremden Leistungen“ (Pensionen, Subventionstarife, Verzicht auf Verzinsung von Investitionskrediten) übernimmt, sinkt das Defizit 1970 formal auf 2,8 Mrd. S.

In den siebziger Jahren steht eine weitere *Explosion des Straßenverkehrs* bevor. Das Institut für Wirtschaftsforschung hat berechnet, daß bis 1980 der Lastkraftwagenbestand um 33%, die Ladekapazität um 46% und der Bestand an Personenkraftwagen um 70% auf knapp 2 Mill. steigen werden. Besonders in den großen Städten droht ein Verkehrschaos, das nach den Erfahrungen im Ausland nur durch leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel und wirksame Steuerung des Personenkraftwagenverkehrs in erträglichen Grenzen gehalten werden kann. In den Ballungszentren werden für die Bewältigung des Wochenendverkehrs und des beruflichen Pendlerverkehrs ausreichend Ausfallstraßen und Parkmöglichkeiten im Stadtrandgebiet notwendig werden. Der wachsende Urlauberreiseverkehr erfordert den Ausbau von Durchzugsstraßen.

Das langfristige Straßenbaukonzept der Bundesregierung sieht ein Autobahnnetz von 1.780 km vor; gegenwärtig gibt es erst 410 km Autobahnen.

In den siebziger Jahren wird viel Geld in die Infrastruktur des Verkehrs investiert werden müssen. Die Finanzierung sollte ähnlich wie im Ausland weitgehend auf die Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehrsträger und der einzelnen Verkehrsmittel Bedacht nehmen.

Das Verkehrskonzept der Bundesregierung sieht für die siebziger Jahre eine marktgerechte, kosten- und leistungsorientierte Verkehrsbedienung und Verkehrsteilung vor. Auf Grund von Wegekostenuntersuchungen soll auf die spezifischen Leistungsvorteile von Schiene und Straße Bedacht genommen werden.

Fremdenverkehr

Die Entwicklung des *Fremdenverkehrs* in den *sechziger Jahren* mahnt zur Besinnung. Der *Ausländerfremdenverkehr* ist zwar nach wie vor einer der wichtigsten „Devisenbringer“ unseres Landes. Von 1960 bis 1969 stiegen die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr um 230% auf 20 Mrd. S, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich von 26 Mill. auf knapp 50 Mill.; Österreich steht damit in Europa nach Frankreich, Italien und Spanien an 4. Stelle vor der Schweiz.

Trotz diesen Leistungen bereitet der österreichische Fremdenverkehr Sorgen. Das gilt vor allem für die Ertragslage der österreichischen Hotellerie. Ihre Verschuldung stieg von 1,5 Mrd. S im Jahre 1960 auf 6,2 Mrd. S im Jahre 1969. Mehr als 60% der Beherbergungsbetriebe gehören der Kategorie C und D an, aber auch der Standard der Privatzimmer läßt, gemessen am westeuropäischen Standard, zu wünschen übrig. Die ausländischen Gäste gaben in Österreich je Übernachtung nur ungefähr

halb soviel aus wie in der Schweiz. Das Angebot an Betten stieg in den sechziger Jahren um ein Fünftel stärker als die Zahl der Nächti- gungen insgesamt, vor allem weil immer mehr Österreicher ihren Urlaub im Ausland verbringen.

In den siebziger Jahren wird der *Ausländerfremdenverkehr* seine Be- deutung als „Devisenbringer“ nur behaupten können, wenn er mehr als bisher auch höheren Ansprüchen gerecht wird und sich nicht mit einem zahlungsschwachen Reisepublikum abfindet. Daher sollten künftig In- vestitionen in den Fremdenverkehr weniger auf eine Ausweitung der Kapazitäten, als auf Qualitätsverbesserungen zielen. Bei steigendem Wohlstand sind Urlauber und Reisende durchaus bereit, höhere Beträge auszugeben, wenn ihnen dafür Entsprechendes geboten wird. Die erheb- lichen Infrastrukturkosten für den Fremdenverkehr sind volkswirtschaft- lich nur dann gerechtfertigt, wenn sie sich auf Umwegen rentieren. Die gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe werden künftig immer weniger in der Lage sein, die unvermeidlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen ihrer Beschäftigten zu bewältigen und das unbedingt erforderliche Per- sonal zu halten, wenn sie nicht mit besseren Leistungen höhere Erträge erzielen

Das *Institut* hat in einer Prognose bis 1980 u. a. festgestellt, daß in den siebziger Jahren die Überschüsse der Reisedevisenbilanz sinken wer- den, wenn es nicht gelingt, die rasch wachsenden Devisenausgaben für Auslandsreisen von Österreichern durch entsprechende Devisenmehr- einnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr mindestens zu kompensieren.

Privater Konsum

Der *private Konsum* wurde in den *sechziger Jahren* stärker als das Sozial- produkt ausgeweitet; die Konsumausgaben wuchsen jährlich real um fast 5%.

Mit dem Wohlstand änderte sich auch die *Zusammensetzung* des Kon- sums. Relativ weniger wurde für die Befriedigung der Grundbedürfnisse, insbesondere für Nahrungsmittel, ausgegeben, dagegen viel mehr für Güter des gehobenen Bedarfes, für Urlaubsreisen ins Ausland, für dauer- hafte Konsumgüter, für Wochenendhäuser u. a. m.

Hier nur einige Beispiele von Verbesserungen des Lebensstandards: von 1960 bis 1969 stieg die Zahl der Personenkraftwagen von rund 400.000 auf 1 1 Mill. (davon gehören 70% Unselbständigen), die Zahl der Kühlschränke von 320.000 auf 1 3 Mill., der Elektroherde von 430.000

auf 910.000, der Heißwasserspeicher von 270.000 auf 700.000, der Waschmaschinen von 320.000 auf 690.000 und der Fernsehgeräte von 190.000 auf 1,270.000!

In den sechziger Jahren wurden über eine halbe Million *Wohnungen* gebaut, hauptsächlich mittlere und größere Wohnungen mit modernem Komfort.

Für *Urlaubsreisen in das Ausland* wurden 1960 1,6 Mrd. S, 1969 aber fast 8 Mrd. S in Devisen ausgegeben.

In den siebziger Jahren wird der *private Konsum* im Einklang mit dem Sozialprodukt annähernd gleich stark wachsen wie in den sechziger Jahren. Die voraussichtlich größere Sparneigung wird den Zuwachs des privaten Konsums nicht nennenswert schmälern. Die *Ausgabenstruktur* wird sich weiterhin zugunsten höherwertiger Güter und Dienstleistungen verschieben. Wahrscheinlich werden die Käufe von Personenkraftwagen nicht mehr so rasch wachsen wie bisher, dafür aber werden größere und leistungsfähigere Typen bevorzugt werden. Für Bildung und Erholung wird absolut und relativ mehr ausgegeben werden. Auch der Aufwand für Wohnungen wird steigen, weil die neuen, besser ausgestatteten Wohnungen teurer sein werden und voraussichtlich auch der Mietzins der Altwohnungen etwa angehoben werden wird. Dagegen wird der Anteil der Ernährungsausgaben, der als Maßstab des Lebensstandards gilt, von 35% auf 27% sinken und damit an das derzeitige Niveau reicher Länder (Schweiz, Schweden und Norwegen) herankommen.

Außenhandel

Der *Außenhandel* reflektierte in den sechziger Jahren einerseits die *Strukturschwächen der Industrie* und ihre allmähliche Überwindung, andererseits die wachsende *Diskriminierung Österreichs in der EWG* und den gleichzeitigen Abbau der Zölle innerhalb der *EFTA*.

Von 1960 bis 1966 hat der Importüberschuß infolge der ungünstigen Industriestruktur zugenommen. Erst in den letzten Jahren erfolgte ein bemerkenswerter Umschwung. Von 1960 bis 1966 war der Anteil der Einfuhren, die durch Exporte finanziert werden konnten, von 79% auf 72% gefallen; seither haben die Exporte das verlorene Terrain aufgeholt, 1969 deckten sie bereits 86% der Importe.

Die *Diskriminierung Österreichs in der EWG* und der *Zollabbau* innerhalb der *EFTA* bewirkten, daß der Anteil der *EWG* an den österreichischen Exporten von 50% auf 40% zurückging, während der Importanteil der *EWG* mit 57% ungefähr gleich hoch blieb. Dagegen konnte der Anteil

der *EFTA* an unseren Exporten von 13% auf 24% und der Anteil an unseren Importen von 12% auf 18% erhöht werden. Es ist bemerkenswert, daß die teilweise Umstellung von der EWG zur *EFTA* von der österreichischen Exportwirtschaft ohne besondere Rückwirkungen auf den gesamten Warenverkehr vollzogen werden konnte, ein Zeichen mehr, daß Österreichs Wirtschaft anpassungs- und konkurrenzfähiger geworden ist.

In den *siebziger Jahren* könnte Österreich mit der fortschreitenden Spezialisierung im internationalen Warenverkehr nicht nur Schritt halten, sondern sogar seinen Marktanteil vergrößern, wenn der Preis- und Kostenauftrieb in erträglichen Grenzen gehalten wird und die Bemühungen um eine Verbesserung der Industriestruktur weitere Fortschritte machen. Der rasch wachsende Anteil höherwertiger Güter am österreichischen Export stützt die Erwartung, daß die ungewöhnlich hohen Exportraten in den letzten beiden Jahren nicht nur konjunkturbedingt waren, sondern auch auf eine Verbesserung der österreichischen Industriestruktur zurückgeführt werden können.

Viel wird vom weiteren Schicksal der *europäischen Integration* abhängen, aber auch davon, ob Österreich imstande sein wird, durch eine realistische Integrationspolitik seine Interessen optimal wahrzunehmen. Auf diesen wichtigen Aspekt werde ich zum Schluß zurückkommen.

Besondere Beachtung verdient Österreichs *Osthandel*. Obwohl sein Anteil in den sechziger Jahren noch immer fast viermal so groß war wie in den anderen westeuropäischen Ländern, befriedigte seine Entwicklung, zumindest in den letzten Jahren, nicht ganz.

Von 1960 bis 1967 sind die österreichischen Ostexporte zwar schneller gewachsen als die übrigen Exporte, aber weniger rasch als die Ostexporte der westeuropäischen Länder. In den Jahren 1968 und 1969 haben die österreichischen Ostexporte sogar stagniert (erst in den letzten Monaten zeichnete sich eine Besserung ab), während die anderen westeuropäischen Länder in Osteuropa stärker Fuß fassen konnten.

Diese Entwicklung ist um so überraschender, als die österreichischen Exporte insgesamt gerade in den letzten beiden Jahren stürmisch expandierten. Eine kritische Analyse unseres Osthandels kommt zu dem Ergebnis, daß unsere Exporteure auf die Evolution in den östlichen Ländern nicht rechtzeitig reagierten, Kontakte zu den Endverbrauchern vernachlässigten, die Möglichkeiten der Werbung, Teilnahme an Messen, Ausstellungen, wissenschaftlichen Symposien u. ä. nicht genügend nutzten, kurzum, daß wir die Möglichkeiten, welche die Reformen in Ost-

europa trotz allen Widerwärtigkeiten bieten, außer acht ließen und lieber in alten Geleisen weiterfahren, als neue Ideen zu entwickeln.

Ich weiß, ich steche in ein Wespennest, wenn ich sage, daß wir schon zu lange am *bilateralen* Zahlungsverkehr mit den östlichen Staaten festgehalten haben, obwohl fast alle anderen westlichen Länder bereits zu Zahlungen in freien Devisen übergegangen sind und auch die Weltbank dies von uns erwartet.

Das bilaterale Verrechnungssystem konserviert die Außenhandelsstrukturen und fördert weniger konkurrenzfähige Betriebe, während es dynamische Unternehmer an ihrer Expansion behindert. Da die Abkehr vom bilateralen Clearing zu einem zeitweiligen Rückschlag unserer Ostausfuhren führen könnte, sollte die Umstellung während der Hochkonjunktur und nicht erst in einer Rezession erfolgen. Im übrigen sind nur jene Ausfuhren gefährdet, die keine Zukunftschancen haben.

Es ist anzunehmen, daß in den *siebziger Jahren* die Wirtschaftsreformen in Osteuropa, trotz zeitweiligen Rückschlägen, weitergeführt werden und das Interesse nicht nur am Warenaustausch, sondern auch an Kooperationen auf Betriebsebene wachsen wird

Preise und Löhne

Die *Preise* sind in den *sechziger Jahren* in Österreich jährlich durchschnittlich um $3\frac{1}{2}\%$ gestiegen. Dieser Satz entspricht genau dem internationalen Durchschnitt der OECD-Länder.

Die *Löhne* stiegen durchschnittlich um $8\frac{8}{10}\%$, die *Industrieverdienste* um $7\frac{9}{10}\%$. Die *Realverdienste* der Arbeitnehmer stiegen durchschnittlich um 5% .

Da die Löhne in der Industrie stärker stiegen als die Produktivität (5%), stiegen die *Arbeitskosten* jährlich durchschnittlich um $2\frac{1}{2}\%$.

In den *siebziger Jahren* werden *Preise* und *Löhne* annähernd gleich stark steigen wie in den *sechziger Jahren*. Diese Erwartung setzt allerdings voraus, daß der Preis-Lohn-Auftrieb infolge der hochkonjunkturellen Anspannung und der ersten Etappe der Arbeitszeitverkürzung zu Beginn des Jahrzehnts in erträglichen Grenzen bleibt. Die Preis-Lohn-Entwicklung hängt daher in hohem Maße vom Verantwortungsbewußtsein der Sozialpartner und von der Wirtschaftspolitik ab.

Kreditwirtschaft

Die *Kreditwirtschaft* hat in den *sechziger Jahren* für eine reibungslose Finanzierung des Wirtschaftswachstums gesorgt und mitgeholfen, den inflatorischen Auftrieb in erträglichen Grenzen zu halten.

Die *Oesterreichische Nationalbank* führte bereits zu Beginn der sechziger Jahre die Konvertibilität des Schillings ein (Ausländerkonvertibilität 1959, Inländerkonvertibilität 1962) und förderte damit maßgebend die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in eine arbeitsteilige Weltwirtschaft. Sie bemühte sich ferner um den Ausbau eines konjunkturpolitischen Instrumentariums, das ihr auch bei freiem internationalen Zahlungsverkehr eine gewisse konjunkturpolitische Steuerung ermöglicht.

Das große Problem der Kreditwirtschaft ist nach wie vor die *Finanzierung langfristiger* und teilweise auch *riskanter, aber aussichtsreicher Investitionen*. Die Sparer neigen dazu, ihre Ersparnisse vorwiegend liquide und risikolos anzulegen (etwa als täglich fällige Sparguthaben), während die Wirtschaft langfristiges Fremdkapital und künftig auch Risikokapital braucht. Die Kreditunternehmungen können jedoch nur beschränkte kurzfristige Einlagen in langfristiges oder haftendes Kapital „transformieren“.

Die Lücke wurde bisher zu einem großen Teil im Ausland geschlossen. Wirtschaft und Verwaltung verschuldeten sich langfristig im Ausland, während gleichzeitig die Notenbank und zum Teil auch die Kreditunternehmungen kurzfristige Forderungen an das Ausland (Devisen) erwarben.

Dieser Vorgang ist offensichtlich nicht befriedigend. Daher wurde in den sechziger Jahren immer wieder die Frage diskutiert, ob es nicht nur einzelwirtschaftlich, sondern auch gesamtwirtschaftlich zweckmäßig ist, bei ausreichenden Devisenreserven Auslandskredite aufzunehmen. Es scheint jedoch, als ob zumindest das Problem der „Fristentransformation“ allmählich an Schärfe verlieren würde, da die Sparer im Laufe der sechziger Jahre auch langfristig zu sparen begonnen haben. Die gebundenen Spareinlagen und die Wertpapierkäufe stiegen überdurchschnittlich.

Für die *siebziger Jahre* ist eine weitere Differenzierung des Sparverhaltens und eine noch deutlichere Verschiebung des Schwerpunktes zu längerfristigen Ersparnissen zu erwarten. Wertpapiermarkt und Versicherungen werden davon profitieren. Für den Kreditapparat ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Anlagenberatung weiter auszubauen.

Noch nicht befriedigend gelöst ist das Problem der „Riskentransformation“. Zwar hat der Bund den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds geschaffen, dessen bundesverbürgte Kredite bis zu einem gewissen Grad fehlendes Eigenkapital ersetzen können. Auch sonst übernimmt die öffentliche Hand zunehmend Haftungen für Kredite, die nicht auf freier kommer-

zieller Basis abgewickelt werden können. Eine solche „Sozialisierung“ der wirtschaftlichen Risiken ist jedoch nicht unbedenklich.

Daher wird die Belebung des Aktienmarktes, der nahezu ein Jahrzehnt stagniert hatte, eine wichtige Aufgabe der siebziger Jahre sein, an der die Kreditunternehmungen maßgeblich mitwirken sollten, z. B. durch Beratung ihrer Kunden bei Anlagen und Hilfe bei Neuemissionen. Außerdem werden die Kreditunternehmungen künftig die Effizienz der finanzierten Projekte mindestens ebenso beachten müssen wie die dingliche Besicherung.

Zahlungsbilanz

Die österreichische Zahlungsbilanz war in den sechziger Jahren in den Perioden des Konjunkturaufschwunges und der Hochkonjunktur passiv oder hatte nur kleine Überschüsse, in den Phasen der Konjunkturabschwächung war sie zum Teil hochaktiv. Da die Aktiva­salden überwogen, erhöhten sich die Währungsreserven von 18 Mrd. S im Jahre 1960 auf rund 39 Mrd. S Ende 1969.

Dieses Ergebnis wurde allerdings nur erreicht, weil Österreich im Interesse seiner Wirtschaft in größerem Umfang *Kapital importierte*. (In den sechziger Jahren wurde netto rund 26 Mrd. S kurz- und langfristiges Kapital aus dem Ausland aufgenommen.)

Die *Leistungsbilanz*, bestehend aus Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz und Bilanz der unentgeltlichen Leistungen war überwiegend passiv; 1969 wurde allerdings ein Überschuß von etwa 2 Mrd. S erzielt. Über die gesamte Zehnjahresperiode beträgt das Leistungsbilanzpassivum rund 9 Mrd. S.

Die *Handelsbilanzdefizite* betragen in der letzten Dekade 112 Mrd. S, die *Dienstleistungsbilanzüberschüsse*, vor allem aus dem Ausländerfremdenverkehr, 94 Mrd. S.

Betrachtet man die längerfristig passive Leistungsbilanz als wichtigstes Kriterium für die Beurteilung der Zahlungsbilanzstruktur, so ist es verständlich, daß Österreich die DM-Aufwertung nicht mitgemacht hat. Die Nichtaufwertung des Schillings wird aber vermutlich den Ausgleich der Leistungsbilanz fördern und das Aktivum der Zahlungsbilanz etwas erhöhen.

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz in den siebziger Jahren hängt von so vielen unvorhersehbaren Komponenten ab, daß es mehr als gewagt wäre für sie eine Prognose zu stellen. Da sich aber schon in der

2. Hälfte der sechziger Jahre deutlich die Tendenz einer Strukturverbesserung im Handelsverkehr zeigte, die EWG-Diskriminierung bewältigt werden konnte und nicht anzunehmen ist, daß Österreich im Falle einer Auflösung der EFTA Außenseiter der europäischen Integration sein wird, besteht kein Grund zur Befürchtung, daß Österreich in ernste Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten könnte, die von der Wirtschaftspolitik nicht gemeistert werden können.

Besondere Probleme der Wirtschaftspolitik

Im letzten Teil meines Vortrages möchte ich noch einige spezifische Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik behandeln, die bisher zu kurz gekommen sind, in einer Rückschau auf die sechziger Jahre und in einem Ausblick auf die siebziger Jahre der österreichischen Wirtschaft aber nicht fehlen dürfen.

Bildung und Forschung

Eines dieser Probleme ist die Bewältigung der „*Bildungsexplosion*“ und die Förderung von *Forschung und Entwicklung*, die bisher stark vernachlässigt worden sind

In den sechziger Jahren ist der Prozentsatz der Schüler der 4 Volksschulklasse, die in allgemeinbildende höhere Schulen eintreten, ständig gewachsen. Im Schuljahr 1960/61 besuchten erst 16% der Vierzehnbis Neunzehnjährigen mittlere und höhere Schulen sowie Hochschulen, 1968/69 aber bereits über 30%. Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, daß die Bundesausgaben für Unterricht im abgelaufenen Jahrzehnt von knapp 3 Mrd. S auf fast 10 Mrd. S gestiegen sind.

Bis 1980 werden ungefähr doppelt so viele Schüler wie jetzt die höheren Schulen besuchen, vorausgesetzt, daß genügend Lehrer vorhanden sind! Der Zudrang zu den Hochschulen wird erst in den späten siebziger Jahren größere Ausmaße annehmen, bis dahin wird ein empfindlicher Mangel an Diplom-Ingenieuren und anderen technischen Fachleuten bestehen. Die Zahl der Hochschüler wird sich Mitte der achtziger Jahre annähernd verdoppelt haben.

Diese „*Bildungsexplosion*“ erfordert entsprechenden Schulraum, moderne Lehrbehelfe und vor allem hochqualifizierte Lehrer. Für diesen Zweck werden viele Milliarden Schilling zusätzlich aufgebracht werden müssen.

Für *Forschung und Entwicklung* hat Österreich Anfang der sechziger Jahre nur $\frac{1}{3}\%$ und Mitte der sechziger Jahre erst ungefähr $\frac{1}{2}\%$ vom Brutto-Nationalprodukt ausgegeben, das heißt, ein Halb bis ein Fünftel soviel wie andere Industriestaaten¹⁾. Die Situation hat sich jedoch in den letzten Jahren etwas gebessert, besonders in bestimmten Bereichen. Ich erinnere an die forschungsintensiven Mittelbetriebe in der Industrie. Trotzdem hat Österreich auf dem Gebiete Forschung und Entwicklung einen großen Rückstand aufzuholen. Die Bundesregierung hat versprochen, daß bis 1975 $1\frac{1}{2}\%$ bis 2% des Brutto-Nationalproduktes für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.

Ebenso wichtig wie die *Erhöhung* der Mittel für Forschung und Entwicklung ist ihre möglichst *wirksame Verwendung*. Hier liegt es gegenwärtig noch sehr im argen. Forschungsförderung wird gegenwärtig von zahlreichen Stellen, von verschiedenen Ministerien, von den Ländern und Gemeinden, von der verstaatlichten und privaten Industrie und vielen anderen Stellen weitgehend *unkoordiniert* betrieben. Die beiden an sich vernünftigen Forschungsförderungsfonds, die 1967 ins Leben gerufen wurden, sind unzureichend dotiert und konnten bisher nur wenig Abhilfe schaffen. Außerdem werden die knappen Forschungsmittel viel zu breit gestreut eingesetzt, statt auf Schwerpunkte konzentriert. In anderen Ländern hat man für diese wichtigen Aufgaben eigene Ministerien für Technologie und Forschung errichtet.

Auf längere Sicht wird es auch in Österreich zweckmäßig sein, eine zentrale Stelle, vielleicht ein eigenes *Staatssekretariat* zu schaffen, das die verschiedenen Bemühungen auf dem Gebiete der Forschung und Entwicklung koordiniert und die knappen Mittel auf jene Projekte konzentriert, die für das Wachstum der Wirtschaft besonders interessant sind.

Stabilisierung der Sozialversicherung

Ein anderes Problem von ähnlichem Kaliber wie die „Bildungsexplosion“ ist die „Explosion der österreichischen Sozialversicherung“ in den sechziger Jahren.

In diesem Jahrzehnt wurden neben zahlreichen kleineren sozialen Verbesserungen die Pensionsdynamik sowie Pensionen und Krankenversicherung für die Selbständigen in der Landwirtschaft und im Gewerbe eingeführt. Gleichzeitig stieg infolge Überalterung der Bevölkerung der

¹⁾ 1963/64 gaben z. B. einige Industriestaaten folgende Prozentanteile vom Brutto-Nationalprodukt für Forschung und Entwicklung aus: Belgien 1% , Bundesrepublik Deutschland und Japan je $1\frac{1}{4}\%$, Schweden $1\frac{1}{2}\%$, Frankreich $1\frac{1}{6}\%$, Niederlande $1\frac{1}{9}\%$, England $2\frac{1}{3}\%$ und die USA $3\frac{1}{4}\%$.

Aufwand für Pensionen überproportional. 1960 entfielen auf 100 unselbstständige Pensionsversicherte 42 Pensionisten, 1968 bereits 52.

1960 wurden für soziale Zwecke (Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, Familienbeihilfen, Kriegsopferversorgung, Opferfürsorge und allgemeine Fürsorge) rund 29 Mrd. S oder 18% des Brutto-Nationalproduktes aufgewendet; 1970 werden es bereits 80 Mrd. oder 23% des Sozialproduktes sein.

1960 wurden im Bundesbudget für soziale Belange 124 Mrd. S oder rund 27% der gesamten Ausgaben des Bundes vorgesehen; 1970 wird der Bund für soziale Zwecke nicht weniger als 33 Mrd. S oder fast ein Drittel seiner gesamten Ausgaben aufwenden. Allein der Zuschuß des Bundes zur Pensionsversicherung ist von 17 Mrd. S (1960) auf 96 Mrd. S (1970) gestiegen.

Österreich hat gegenwärtig, gemessen am Sozialprodukt, nicht nur die höchsten Ausgaben für soziale Sicherheit, sondern gleichzeitig auch relativ sehr lange Urlaube und, von wenigen Ausnahmen abgesehen (Italien und Spanien), die meisten bezahlten Feiertage in der Welt.

In den *siebziger Jahren* wird die stürmische Expansion auf dem Gebiete Soziale Sicherheit und Wohlfahrt aus verschiedenen Gründen in ein ruhigeres Fahrwasser einmünden.

Zunächst einfach deshalb, weil das Gebäude der sozialen Sicherheit in traditionellem Sinn weitgehend vollendet ist. Fast alle Bevölkerungsgruppen sind bereits gegen die Risiken des Lebens und der Arbeit gesichert. In der Opferfürsorge und Kriegsopferversorgung werden die Ausgaben allmählich stabilisiert werden können, weil der betroffene Personenkreis schrumpfen wird.

Auf einigen Gebieten wird es notwendig sein, die Versicherten stärker als bisher an den Kosten der sozialen Sicherheit zu beteiligen. Dies gilt vor allem für die Krankenversicherung, die ohne entsprechende Reform in den nächsten Jahren in eine prekäre Situation geraten wird.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wird die Bevölkerungsstruktur (das Verhältnis von Pensionisten und Aktiven) wieder günstiger werden: 1980 werden annähernd 47 Pensionisten auf 100 Versicherte entfallen (1968 waren es noch 52). Der Anteil der Aufwendungen für soziale Sicherheit am Sozialprodukt sollte bei 23% (1970) stabilisiert werden können, obwohl auf einigen Gebieten, wie z. B. für Familienbeihilfen, Krankenhäuser, Altersheime, Rehabilitation körperlich Behinderter, Betreuung geistig geschädigter Kinder, leider auch für Trinker und andere Sumpflüthen der Wohlfahrtsgesellschaft, die Ausgaben steigen werden

Im ganzen werden die Ausgaben der öffentlichen Hand zu steigen tendieren, da für andere Zwecke viel mehr Mittel benötigt werden als für Bildung und Forschung, Bekämpfung der Verschmutzung von Wasser und Luft, Lärmbekämpfung u. a. m

Krise der Verwaltung

Ein weiteres Problem, das besondere Beachtung verdient, ist die Fragwürdigkeit der gegenwärtigen „*Verwaltung*“ im weitesten Sinne.

In den sechziger Jahren ertönte von Zeit zu Zeit der Ruf nach einer *Verwaltungsreform*. Tatsächlich ist man nie zum Kern des Problems vorgestoßen, sondern hat sich mit einigen optischen Teilerfolgen begnügt.

Genau genommen befindet sich nicht nur die Hoheitsverwaltung in einer Strukturkrise, sondern auch die *Verwaltung im weitesten Sinne des Wortes*, worunter alle planenden, steuernden, leitenden, kommunizierenden Tätigkeiten in der modernen Industriegesellschaft zu verstehen sind, macht eine tiefgehende Veränderung durch Wissenschaft und Technik haben sich auch der Verwaltung bemächtigt. Die Verwaltung wird in Zukunft, ähnlich wie die Produktion, rechenhaft und auf Grund von Informationen, insbesondere statistischen Informationen, arbeiten müssen.

Der Computer, signifikantes Symbol unserer Zeit, dringt unaufhaltsam in Wirtschaft und Verwaltung ein. In der Hoheitsverwaltung stößt er gegenwärtig allerdings noch auf Beamte, welche die Welt vorwiegend durch die *juristische* Brille betrachten und nicht wahrhaben wollen, daß auch die *Tätigkeit der Hoheitsverwaltung*, zumindest in einem Kleinstaat wie Österreich, *überwiegend aus wirtschaftlichen Aufgaben* besteht. Es liegt auf der Hand, daß diese Aufgaben von gründlich ausgebildeten *Ökonomen* besser bewältigt werden können als von Juristen, die, wenn sie von der Universität kommen, von Ökonomie meist nur eine blaße Ahnung haben. Wenn unsere Hoheitsverwaltung trotz Juristenmonopol und theresianischer Kanzleiordnung halbwegs funktioniert, so ist das einzig und allein jenen Beamten zu danken, die sich aus eigenen Stücken für die Wirtschaft interessieren, sich selbst weiterbilden und im Laufe der Zeit die für ihre Tätigkeit nötigen Erfahrungen sammeln. In Zukunft wird dieser amateurhafte Ausbildungsweg nicht genügen.

Die Hoheitsverwaltung steht daher nicht nur vor der Notwendigkeit, ihren umständlichen Betrieb, der an die Zeit der Postkutsche erinnert, radikal zu reorganisieren, zu rationalisieren und zu verwissenschaftlichen, sondern **gleichzeitig** auch für eine *Ausbildung ihrer Beamten* zu sorgen, die den überwiegend wirtschaftlichen Aufgaben des Staates adäquat ist.

Ich möchte aber noch einen Schritt weitergehen und auch eine *Reform unserer Verfassung* befürworten, eine Reform, die beachtet, daß die Wirtschaftspolitik in der Zweiten Republik nicht nur von den verfassungsmäßig zuständigen politischen Organen, von Regierung und Parlament, sondern auch von den wirtschaftlichen Interessenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer maßgeblich beeinflußt, und besonders in kritischen Situationen, de facto, wenn auch nicht de jure, mitentschieden und mitverantwortet wird.

Ich erinnere daran, daß 1947 die „*Wirtschaftskommission*“ gegründet wurde, der die drei Kammern und der Gewerkschaftsbund angehörten. Diese Wirtschaftskommission hat, gemeinsam mit der Bundesregierung, die fünf Preis- und Lohnabkommen in den Jahren 1947 bis 1951 vorbereitet. Das Parlament hat zu den Vorschlägen nur Ja und Amen gesagt.

1951 trat an die Stelle der „*Wirtschaftskommission*“ das „*Wirtschaftsdirektorium*“, im Grunde war es die gleiche Institution. Der Verfassungsgerichtshof hat das Wirtschaftsdirektorium 1954 als verfassungswidrig aufgehoben, weil es sich eine wirtschaftliche Mitentscheidungsbefugnis angemäßt hatte.

1957 wurde die *Paritätische Kommission der Sozialpartner* ins Leben gerufen, mit Unterausschüssen für Preis- und Lohnfragen. Die Initiative war vom Gewerkschaftsbundpräsidenten *Böhm* ausgegangen, der dem Präsidenten der Bundeskammer und dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammern vorgeschlagen hatte, eine gemeinsame Institution der Kammern und des Gewerkschaftsbundes zu schaffen. Sie sollte wirtschaftspolitische Vorschläge ausarbeiten und die öffentlichen Körperschaften in Wirtschaftsfragen beraten.

1963 machte die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft den Vorschlag, einen dritten Unterausschuß für grundsätzliche Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bilden, um die Wirksamkeit der Paritätischen Kommission zu erhöhen. Es war die Geburtsstunde des *Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen*, der seither in verschiedenen Arbeitsgruppen, durch ausgezeichnete Experten der wirtschaftlichen Interessenverbände zahlreiche Studien über wirtschaftspolitische Probleme verfaßt hat, welche gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein verrieten und die österreichische Wirtschaftspolitik in verschiedener Hinsicht befruchtet und beeinflußt haben.

Alle diese Institutionen, auch die Paritätische Kommission mit ihren Unterausschüssen, waren und sind *bloß auf freiwilliger Basis* funktio-

nierende Organe der Sozialpartner, sie haben *keine gesetzliche Fundierung*.

Dieser Zustand ist unbefriedigend, wenn man bedenkt, daß der Aufstieg der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zuletzt der verständnisvollen Zusammenarbeit der Sozial- und Wirtschaftspartner zu danken ist, um die uns viele Länder beneiden.

Die Zeit scheint reif zu sein, den De-facto-Zustand in der österreichischen Wirtschaftspolitik auch de jure, gesetzlich und verfassungsmäßig, zu sanieren. Gewiß, eine Verfassung kann nicht alle paar Jahre geändert werden. Trotzdem dürfen auch Verfassungen nicht tabu sein, wenn sie lebensfremd werden und in krassen Widerspruch zur Wirklichkeit geraten.

Generaldirektor-Stellvertreter der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. *H. Kienzl*, hat sich kürzlich in einem viel beachteten Beitrag zur „Demokratiereform¹⁾“ mit dieser Problematik auseinandergesetzt und empfohlen, unseren *Bundesrat* in einen *Wirtschaftsrat* „umzufunktio-
nieren“.

Der Wirtschaftsrat könnte, wie *Kienzl* ausführte, seine Tätigkeit zwischen dem Kammergutachten und der Regierungsvorlage ansiedeln. Er sollte das Recht haben, Gesetze an das Parlament zurückzuverweisen, falls er den Nachweis antreten kann, daß Gesamtinteressen durch ein Gesetz verletzt werden. In dieser Körperschaft könnten aber auch die erforderlichen wirtschaftspolitischen Beratungen im Zusammenhang mit kurz- und mittelfristigen Prognosen, dem Einsatz des strukturpolitischen Instrumentariums und im Hinblick auf die Verbesserung der operativen Tätigkeit der verschiedenen Verwaltungsstellen geführt werden. Ihm sollte aber auch das Recht zustehen, wirtschaftspolitische, insbesondere preispolitische Hearings durchzuführen, die Öffentlichkeit zu informieren und damit auch das Parlament zu entlasten.

Ähnliches schwebt auch mir vor, ich will mich hier aber noch nicht konkret festlegen. Damit jedoch kein Mißverständnis aufkommt, möchte ich sofort klarstellen, daß ich nicht einer „Expertokratie“ den Weg ebnen möchte. Die zweite Kammer, das Wirtschaftsparlament, das an die Stelle des heutigen Bundesrates treten soll, soll den Nationalrat nicht bevormunden, sondern wirksam unterstützen, die letzten politischen Entscheidungen sollen weiterhin beim Nationalrat liegen. Es ist vielleicht interessant daran zu erinnern, daß bereits die *Frankfurter Nationalversamm-*

¹⁾ *Demokratiereform, die Existenzfrage Österreichs*, hrsg. von *K. H. Ritschel*, Paul Zsolnay Verlag, Wien/Hamburg 1969.

lung 1848 ein überbetriebliches Wirtschaftsparlament vorsah und die Weimarer Republik 1920 einen „Vorläufigen Reichswirtschaftsrat“ ins Leben rief, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt nicht nur an der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch an der „Gesamtentwicklung der produktiven Kräfte“ mitwirken sollten. Aus beiden Ansätzen ist nichts geworden, die Konterrevolution und der Nationalsozialismus haben die Reformvorschläge für eine Wirtschaftsdemokratie zunichte gemacht. Vielleicht war auch die Zeit noch nicht reif.

Inzwischen aber ist m. E. die Zeit reif geworden für eine gesetzliche und verfassungsmäßige Verankerung der *Mitbestimmung der Sozialpartner auf überbetrieblicher, wirtschaftspolitischer Ebene*. Hoffentlich wird dieses Werk in den siebziger Jahren, je früher desto besser, vollbracht werden.

Im übrigen meine ich, daß die Reform unserer Verfassung ebenso wie die Reform unserer Hochschulen und unserer Verwaltung in erster Linie von Dreißig- und Vierzigjährigen erarbeitet werden sollte, von relativ jungen Leuten, die unbelastet von Vorurteilen die Problematik und Dynamik unserer Zeit unmittelbar erleben, von Menschen, die voraussichtlich selbst noch das Jahr 2000 erreichen werden. Natürlich müssen diese jungen Leute hervorragende Juristen, Soziologen und Ökonomen sein. Die Sechzig- und Siebzigjährigen hoch in Ehren, sie haben ihre großen Verdienste, auf ihre reichen Erfahrungen und ihren Rat kann nicht verzichtet werden, sie sollen die Jungen beraten und kritisieren, zu Rede und Antwort herausfordern, aber die Alten dürfen zeitgemäßen Reformen nicht im Wege stehen, indem sie ihr hohes Ansehen in die Waagschale werfen.

Ich schließe allerdings nicht aus, daß es Siebzigjährige gibt, die dreißig Jahre jung sein können, und Dreißigjährige, die in ihrer Geisteshaltung uralt sind.

Neue „Integrationsstrategie“

Die Wiederbelebung der europäischen Integration in jüngster Zeit legt auch Österreich dringend nahe, für die siebziger Jahre eine *neue Integrationsstrategie* zu entwickeln.

Es hat jetzt keinen Sinn, Chancen nachzutruern, die in den sechziger Jahren versäumt wurden und einige Zeit für den „Sonderfall“ Österreich bestanden haben. Wir müssen nur aus den Erfahrungen lernen.

Jetzt kommt es darauf an, die neue Situation und die voraussichtliche Entwicklung der europäischen Integration richtig einzuschätzen und für unser Land zu nutzen.

Ohne Zweifel täte sich unsere Politik, insbesondere unsere Neutralitätspolitik, leichter, wenn sich die Einigung Europas in der lockeren Form eines „Europas der Vaterländer“ vollzöge, die europäischen Nationalstaaten intakt blieben und keine Souveränitätsrechte an supranationale Institutionen delegiert werden müßten, die Spannungen zwischen Ost und West nachließen und die Supermächte sich aus Europa zurückzögen, so daß auch die kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas etwas mehr Bewegungsfreiheit erhielten. Leider ist diese Entwicklung zu einem größeren Europa, wo sich Österreich nicht mehr in einer Randlage, sondern im Zentrum befände und viel mehr als jetzt zur Verständigung der Völker mit verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen beitragen könnte, zumindest eine Zeitlang, nicht in Sicht.

Gegenwärtig haben wir uns vielmehr damit auseinanderzusetzen, daß sich die *EWG* Ende der sechziger Jahre *aus ihrer tiefen Krise befreien konnte*.

Auf der *Haager Gipfelkonferenz* am 1. und 2. September 1969 bekräftigten die Sechs ihren Willen, nicht nur in die Endphase des Gemeinsamen Marktes einzutreten und unumstößlich am bisher von den Gemeinschaften Erreichten festzuhalten, sondern auch einem Vereinten Europa den Weg zu bahnen, das seine Verantwortung in der Welt von morgen übernehmen und den Beitrag leisten kann, der seiner Tradition und Aufgabe entspricht.

Gleichzeitig erklärten sich die Sechs ausdrücklich bereit, unter bestimmten Voraussetzungen mit Großbritannien und den anderen beitragswilligen Staaten Verhandlungen aufzunehmen und mit den übrigen EFTA-Mitgliedstaaten Gespräche über ihr Verhältnis zur *EWG* einzuleiten.

Bereits am 1. Oktober 1969 hatte die *EWG-Kommission* in ihrer Stellungnahme zu den vorliegenden Beitrittsgesuchen keinen Zweifel gelassen, daß sie das Prinzip einer Freihandelszone als integrationsuntauglich ablehnt, weil die bloße Beseitigung von Handelshemmnissen ohne gleichzeitigen Aufbau einer echten Wirtschaftsunion keine nennenswerte Wirkung erzielt.

Besonders bemerkenswert ist, daß auch die *Neue Zürcher Zeitung*¹⁾,

¹⁾ 25. Dezember 1969, Fernausgabe Nr. 354.

die der EWG bekanntlich immer sehr skeptisch gegenüberstand, von einer *Wende* in der bewegten Geschichte der EWG spricht, die schicksalhaft von einem Manne mitgeprägt wurde, dessen konservativer Geist sich die Vorstellung einer übernationalen politischen Handlungsfähigkeit nicht anzueignen vermochte: *General de Gaulle*, dessen elf Jahre Regierungszeit fatalerweise in die zwölf Jahre Übergangszeit der EWG fielen.

Die *Neue Zürcher Zeitung*²⁾ beschäftigt sich auch ernsthaft mit der Frage, welche integrationspolitischen Pflichten voraussichtlich den neutralen Ländern auferlegt werden. Es sei zu hoffen, daß die EWG von den neutralen und anderen Vertragspartnern nicht mehr eine volle einseitige Harmonisierung auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik verlangen werde, sondern nur dort, wo Störungen des Funktionierens der erweiterten EWG von außen her vermieden werden müssen. Die *Schwerpunkte der Harmonisierung* könnten auf einer engen Koordinierung der Konjunktur- und Währungspolitik liegen sowie in wettbewerbsrechtlichen und fiskalischen Sicherungen. Daneben wird es noch zahlreiche andere Probleme geben, wie landwirtschaftliche Preise, freie Einwanderung von Fremdarbeitern, Steuerharmonisierung, Kartellrecht, Kapitalverkehr usw.

Schließlich werde zu ergründen sein, wo sich *praktische integrationspolitische Verpflichtungen der Neutralen* mit dem EWG-Recht decken müßten und wo sie davon abweichen könnten, wo ferner solche Verpflichtungen mit neutralitäts- und staatspolitischen Vorbehalten in Einklang zu bringen wären und wie sie sich schließlich mit Rechten der *Mitbestimmung* in der EWG verbinden ließen.

Diese wenigen Hinweise sollen zeigen, daß ein Abkommen zwischen der EWG und den neutralen Staaten, z. B. Österreich und der Schweiz, sehr kompliziert sein wird. Auf keinen Fall dürfen wir unsere Verpflichtungen aus Staatsvertrag und Neutralität selbst so rigoros interpretieren, daß ein substanzielles Abkommen Österreichs mit der EWG nicht zustande kommen kann. Ich bin überzeugt, daß sowohl die Schweiz als auch Schweden gegebenenfalls auf ein *Mitbestimmungsrecht* in der erweiterten EWG nicht verzichten werden und als demokratische Staaten auch nicht verzichten können, und daß sie ihre Rechte und Pflichten im Gemeinsamen Markt ohne weiteres mit ihrer Neutralität in Einklang bringen werden.

Wir müssen uns bewußt sein, daß dieses Mal viel mehr auf dem Spiele steht als vor 10 Jahren, als Österreich noch zwischen EWG und EFTA wählen konnte und die Diskriminierung in der EWG durch die völlige

²⁾ 28. Dezember 1969, Fernausgabe Nr. 355.

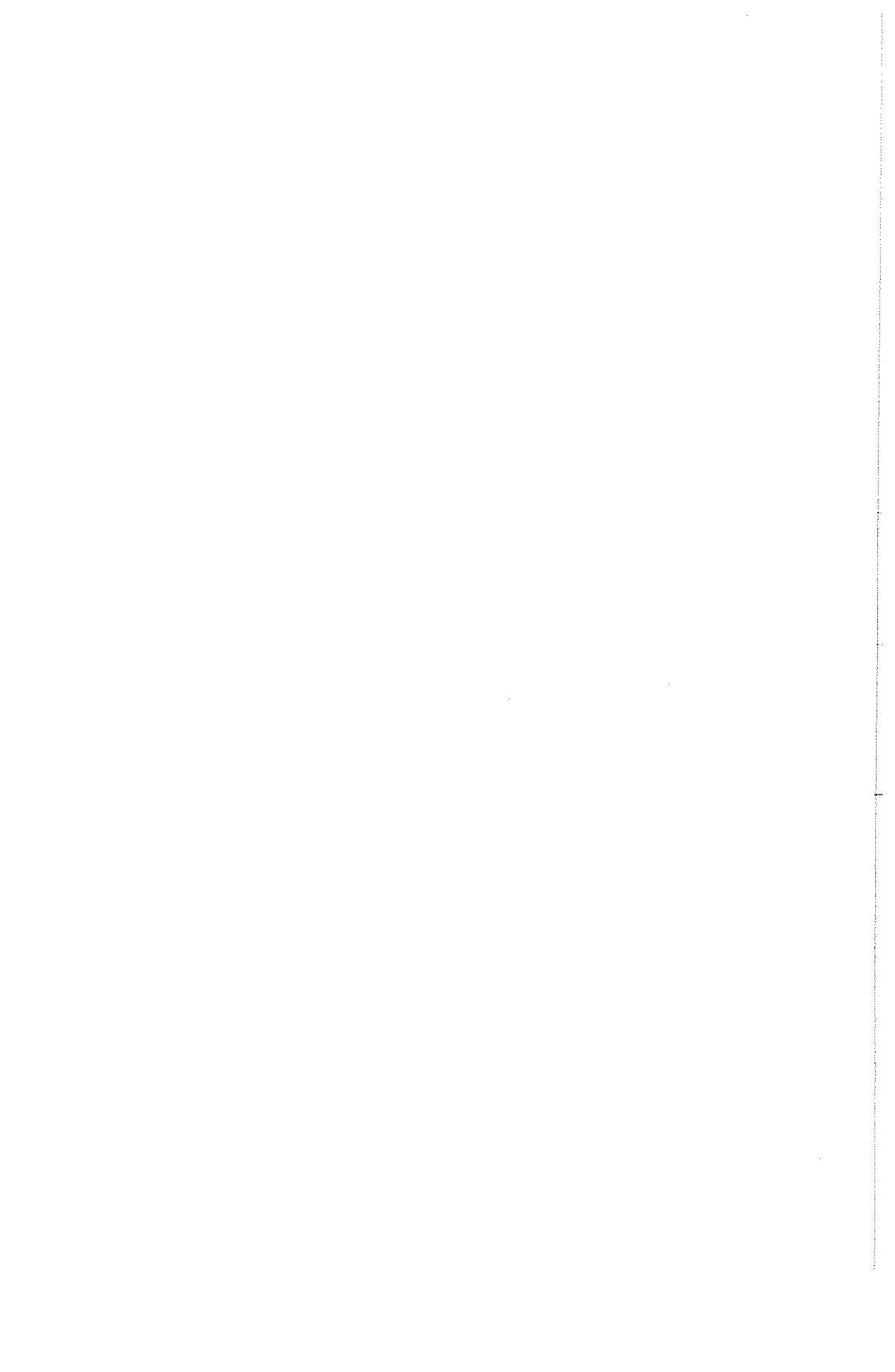
Beseitigung der Zölle innerhalb der EFTA in hohem Maße kompensiert wurde.

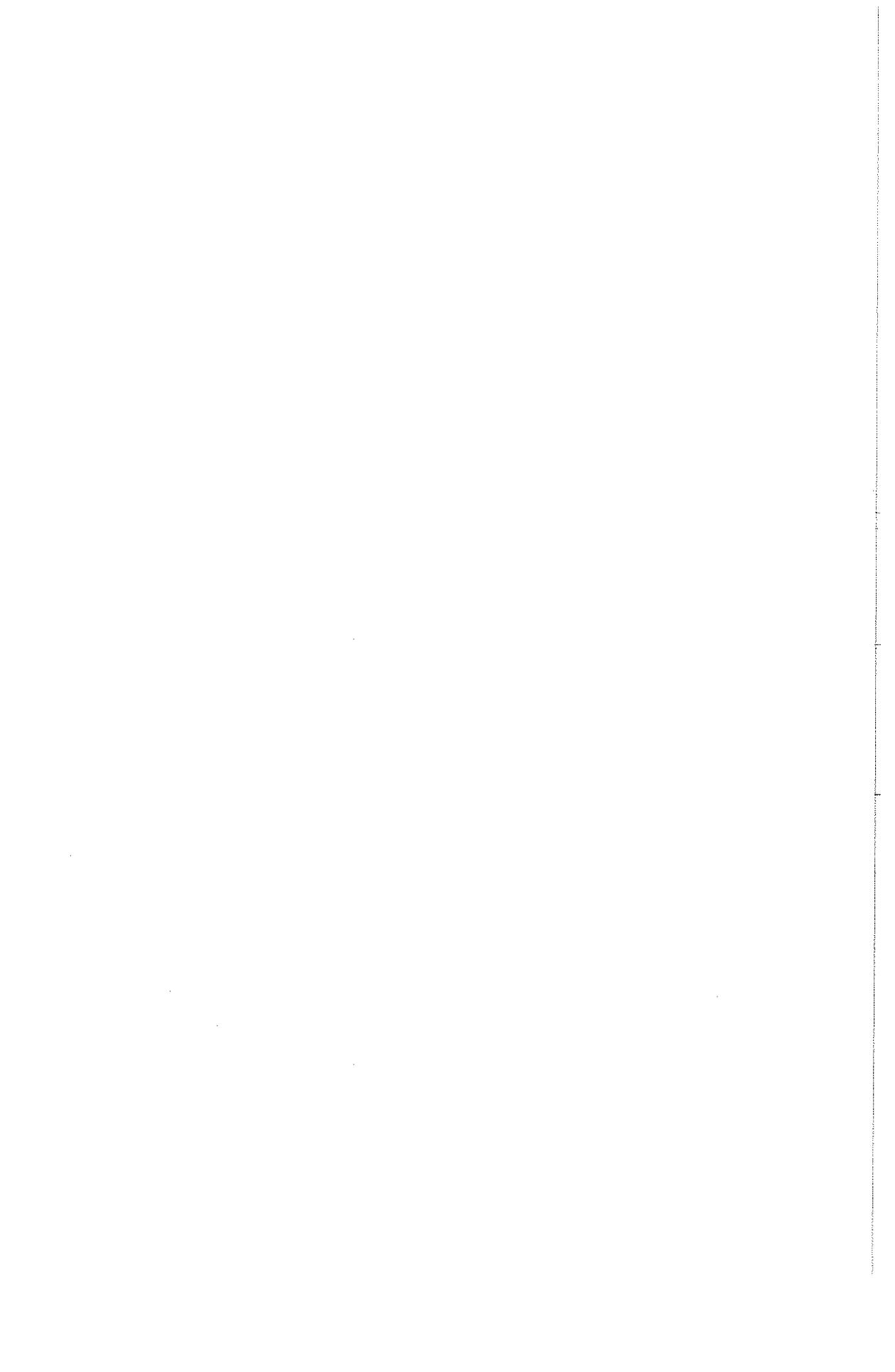
Gegenwärtig müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß die beitragswilligen EFTA-Staaten in absehbarer Zeit in die EWG aufgenommen werden und daß dann auch die neutralen EFTA-Staaten Schweiz und Schweden mit der EWG ein Abkommen schließen, das voraussichtlich auf eine qualifizierte „Assoziation mit Mitbestimmung“ hinauslaufen wird. In diesem Falle geriete Österreich tatsächlich in eine verhängnisvolle wirtschaftliche Isolierung, wenn wir uns selbst den Weg verbaut hätten, der für die Schweiz und Schweden gangbar war. Mit Österreich ginge es dann in den siebziger Jahren nicht, wie wir aus guten Gründen hoffen dürfen, weiterhin bergauf, sondern früher oder später bergab.

Da die österreichische Integrationspolitik ein Anliegen von *nationaler* Bedeutung ist, sollte sie, wie immer die nächsten Nationalratswahlen ausgehen, von den politischen Parteien außer Streit gestellt und gemeinsam gestaltet und verantwortet werden.

Da die Verhandlungen um ein substantielles Abkommen Österreichs mit der EWG auch bei bestem Willen auf beiden Seiten unvermeidlich längere Zeit dauern werden, war es richtig, daß sich Österreich noch im alten Jahr um eine zwischenzeitliche Regelung auf der Basis eines präferenziellen Handelsvertrages mit der EWG (im Sinne des Artikels 24 des GATT) bemühte. Ich kann nicht beurteilen, ob der Vorschlag Österreichs, die Zölle auf gewerbliche Produkte in einem Jahr um rund 30% zu senken und die Abschöpfung für landwirtschaftliche Exporte zu reduzieren, erfolgreich sein wird. Was mir an diesem Vorschlag aber gefällt, ist der Verzicht auf Ausnahmen und allerlei Sonderwünsche der gewerblichen Wirtschaft, ich hoffe, daß sich hier ein neuer Stil der österreichischen Integrationspolitik ankündigt.

Ich bin mir bewußt, daß meine Rückschau auf die sechziger Jahre und mein Ausblick auf die siebziger Jahre der österreichischen Wirtschaft sehr unvollkommen war, daß ich Wichtiges nur oberflächlich oder gar nicht behandelt habe.





Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak. Alle: Wien 3, Arsenal; Postanschrift 1103, Postfach 91; Tel. 52 96 21 (Serie).
Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), 1095 Wien 9, Alser Straße 24.